

Stand: 04.06.2026 09:38:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10027

"Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja -  
Bürokratie nein!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10027 vom 10.02.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11459 des UV vom 14.04.2026
3. Beschluss des Plenums 19/11617 vom 21.04.2026
4. Plenarprotokoll Nr. 75 vom 21.04.2026



## Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl** CSU

**Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja – Bürokratie nein!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Verordnung (EU) 2025/40 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR) geändert wird und Kleinstunternehmer von der Registrierungspflicht befreit werden, sodass beispielsweise Direktvermarkter sich nicht mehr im Verpackungsregister LUCID registrieren müssen. Kleinstunternehmer sollen zudem von der „Lizenzierung“ befreit werden, indem die Lizenzgebühr etwa durch die Verpackungsunternehmen entrichtet wird, sodass Kleinstunternehmen bereits lizenzierte Verpackungen kaufen können.
- sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass bei Überarbeitung des Verpackungsgesetzes, welches durch ein Verpackungsdurchführungsgesetz (VerpackDG) ersetzt werden soll, dieses möglichst praxistauglich und bürokratiearm ausgestaltet wird und insbesondere Erleichterungen für Klein- und Kleinstunternehmen vorsieht. Regelungen, die über die EU-Vorgaben hinausgehen, werden dabei grundsätzlich abgelehnt.
- sich auf Bundesebene für eine Prüfung einzusetzen, wie hinsichtlich der beiden Systeme LUCID und DIVID weitere Synergien für Nutzer geschaffen werden können.

### **Begründung:**

Inverkehrbringer von mit Ware befüllten Verpackungen müssen sich im digitalen Verpackungsregister LUCID, das von der Stiftung Zentrale Stelle Verpackungsregister geführt wird, registrieren lassen und sich an einem dualen System zur Rücknahme von systembeteiligten Verpackungen beteiligen. Ziel des Verpackungsgesetzes (VerpackG) ist es, die abfallrechtliche Produktverantwortung von Herstellern von Verpackungen umzusetzen. Das Hauptaugenmerk des über LUCID vollzogenen VerpackG ist auf die Sicherstellung der Verpackungsabfallsammlung bei den privaten Haushalten gerichtet.

Das VerpackG betrifft alle Arten von Verpackungen und kann daher auch Einwegkunststoffe betreffen.

Nach geltendem Recht des VerpackG besteht eine Pflicht zur Registrierung im Verpackungsregister LUCID bereits ab der ersten in Verkehr gebrachten Verpackungseinheit. Dies führt dazu, dass auch kleinste Direktvermarkter oder Kleinstbetriebe mit Verwaltungsaufwand belastet werden, der in keinem Verhältnis zu den tatsächlich in Umlauf gebrachten Verpackungsmengen steht.

Eine praxisgerechte Entlastung wäre die Einführung von Bagatellgrenzen auch für die Registrierungspflicht. Hierfür könnte an die bereits bestehenden Schwellenwerte für die Pflicht zur Abgabe einer Vollständigkeitserklärung (§ 11 VerpackG) angeknüpft werden. Diese liegen bei 80 000 kg Glas, 50 000 kg Papier, Pappe, Karton und 30 000 kg bei den übrigen Materialien.

Eine Bagatellgrenze für die Registrierung könnte sich z. B. an 1 Prozent dieser Schwellen orientieren. Das würde bedeuten:

- 800 kg Glas pro Jahr,
- 500 kg Papier/Pappe/Karton pro Jahr,
- 300 kg sonstige Materialien pro Jahr.

Unterhalb dieser Grenzen sind Kleinstmengen von der Registrierungspflicht zu befreien, was eine Entlastung von Bürokratie darstellen würde.

Die gesetzlichen Grundlagen für Verpackungen und Verpackungsabfälle befinden sich derzeit auf europäischer und nationaler Ebene im Umbruch. Konkret ist seit dem 11.02.2025 die Verordnung (EU) 2025/40 PPWR in Kraft und gilt nach einer Übergangsfrist von 18 Monaten ab dem 12.08.2026 in allen Teilen verbindlich und unmittelbar in jedem Mitgliedstaat. Sie ersetzt die Verpackungsrichtlinie 94/62/EG. Die EU-Vorgaben im Rahmen der PPWR sehen vor, dass sich alle Hersteller in einem Herstellerregister registrieren müssen (Art. 44, 45). Es gibt keine Ausnahmen für die Registrierungspflicht von Kleinunternehmen. Diese Vorgaben gelten entsprechend auch auf nationaler Ebene. Zur Harmonisierung der nationalen Gesetzgebung mit den neuen EU-Vorgaben wird seitens des Bundes derzeit das VerpackG überarbeitet. Das VerpackG soll durch ein VerpackDG ersetzt werden.

Eine Ausnahme von der Registrierungspflicht für Kleinunternehmen gilt es zu gegebener Zeit auf europäischer Ebene zu flankieren. Auf Bundesebene ist auf weitere Erleichterungen für Kleinunternehmen hinzuwirken.

Die vom Umweltbundesamt betriebene Plattform DIVID, bei der sich Hersteller bestimmter Einwegkunststoffe registrieren lassen müssen, dient der Umsetzung des Einwegkunststofffondsgesetzes (EWKFondsG). Der Einwegkunststofffonds kommt der öffentlichen Hand zugute und trägt zur Finanzierung der Sammlung und Reinigung des öffentlichen Raums von besonders häufig gelitterten Einwegkunststoffabfällen bei. Die Registrierung der Hersteller bei DIVID dient also der Sicherstellung der Kostenbeteiligung der Hersteller an der Bereinigung der Umwelt von bestimmten Einwegkunststoffabfällen. Solche Abfälle werden nicht nur ordnungsgemäß in privaten Haushalten entsorgt, sondern verursachen aufgrund der Entsorgung im öffentlichen Raum zusätzliche Sammlungs- und Reinigungskosten für die öffentliche Hand.

Es besteht eine Doppelbelastung für diejenigen Hersteller, die sowohl unter das VerpackG als auch unter das EWKFondsG fallen. Es ist zu prüfen, ob weitere Erleichterungen geschaffen werden können.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz**

**Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER),  
Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU  
Drs. 19/10027**

**Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja - Bürokratie nein!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Zustimmung

Berichterstatlerin: **Marina Jakob**  
Mitberichterstatler: **Harry Scheuenstuhl**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 12. März 2026 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 14. April 2026 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

**Alexander Flierl**  
Vorsitzender



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer, Dr. Andrea Behr, Franc Dierl, Leo Dietz, Thomas Holz, Dr. Petra Loibl** CSU

Drs. 19/10027, 19/11459

**Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja – Bürokratie nein!**

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Verordnung (EU) 2025/40 über Verpackungen und Verpackungsabfälle (PPWR) geändert wird und Kleinstunternehmer von der Registrierungspflicht befreit werden, sodass beispielsweise Direktvermarkter sich nicht mehr im Verpackungsregister LUCID registrieren müssen. Kleinstunternehmer sollen zudem von der „Lizenzierung“ befreit werden, indem die Lizenzgebühr etwa durch die Verpackungsunternehmen entrichtet wird, sodass Kleinstunternehmen bereits lizenzierte Verpackungen kaufen können.
- sich auf Bundesebene weiterhin dafür einzusetzen, dass bei Überarbeitung des Verpackungsgesetzes, welches durch ein Verpackungsdurchführungsgesetz (VerpackDG) ersetzt werden soll, dieses möglichst praxistauglich und bürokratiearm ausgestaltet wird und insbesondere Erleichterungen für Klein- und Kleinstunternehmen vorsieht. Regelungen, die über die EU-Vorgaben hinausgehen, werden dabei grundsätzlich abgelehnt.
- sich auf Bundesebene für eine Prüfung einzusetzen, wie hinsichtlich der beiden Systeme LUCID und DIVID weitere Synergien für Nutzer geschaffen werden können.

Die Präsidentin

I.V.

**Tobias Reiß**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

**Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann:** Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

### **Abstimmung**

**über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 6)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmliste.

(Siehe Anlage 6)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, AfD-Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Liegen nicht vor. Stimmenthaltungen? – Ebenso nicht. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir sind am Ende der Tagesordnung. Ich danke für die konstruktive Beratung und wünsche einen schönen Abend. Bis morgen um 9 Uhr.

(Schluss: 19:24 Uhr)

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen  
 oder  
 Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder  
 Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeiten**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. März 2026 (Vf. 7-VII-26) betreffend  
 Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit
  1. des Art. 26 Abs. 5 Satz 2 des Bayerischen Beamtenversorgungsgesetzes (BayBeamtVG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 528, 764, BayRS 2033-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 7, 8 und 9 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643) geändert worden ist,
  2. „ersatzweise“ des Art. 69 BayBeamtVG „i. V. m.“ Art. 35, 36 des Bayerischen Besoldungsgesetzes (BayBesG) vom 5. August 2010 (GVBl. S. 410, 764, BayRS 2032-1-1-F), das zuletzt durch die §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 643), geändert worden ist, und der Anlage 5 (Orts- und Familienzuschlag) zu diesem Gesetz
 PII-3001-2-46  
 Drs. 19/11565 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
 Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete  
 Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 30. März 2026 (Vf. 8-VII-26) betreffend  
Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 31 Abs. 3 der Gemeindeordnung (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. August 1998 (GVBl. S. 796, 797, BayRS 2020-1-1-I), die zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2025 (GVBl. S. 637) geändert worden ist  
PII-3001-2-47  
Drs. 19/11566 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Die Klage ist zulässig, aber unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete  
Dr. Alexander Dietrich bestellt.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

### Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Gießhammer, Florian von Brunn, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)  
Für eine kosteneffiziente Energiewende:  
Mehr Technologieoffenheit in der Kraftwerksstrategie sicherstellen  
Drs. 19/9258, 19/11554 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Anpack-Pakt 2026 – Abmachungen aus dem Zukunftsvertrag  
Landwirtschaft 2023 endlich einlösen  
Drs. 19/9371, 19/11546 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Holger Griebshammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Planungsbeschleunigungs- und Bürokratieabbaupaket für  
Infrastrukturvorhaben  
Drs. 19/9386, 19/11555 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Mia Goller u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Gentechnik-Kennzeichnung sichern – Wahlfreiheit erhalten –  
Bayern gentechnikfrei bewahren  
Drs. 19/9391, 19/11539 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Klaus Holetschek, Thomas Huber, Josef Zellmeier u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht der Beauftragten der Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene  
Drs. 19/9667, 19/11538 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Ausrichtung praxisrelevanter Digitalisierung an den Erfordernissen der ambulant tätigen Praxen  
Drs. 19/9704, 19/11543 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Bernhard Seidenath u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Schaffung eines Praxen-Zukunfts-Gesetz (PZG) zur Förderung notwendiger Investitionen für die Modernisierung der IT-Ausstattung und Gewährleistung von Informations- und Cybersicherheit in den Praxen von niedergelassenen Ärzten und Psychotherapeuten  
Drs. 19/9705, 19/11544 (ENTH)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

10. Antrag der Abgeordneten Sascha Schnürer, Thomas Huber, Helmut Schnotz u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht über die Situation des Borna Disease Virus 1 (BoDV-1) in Bayern mit besonderem Blick auf die Gemeinde Maitenbeth im Landkreis Mühldorf am Inn und Pfaffenhofen an der Ilm.  
Drs. 19/9708, 19/11545 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner u.a. und Fraktion (AfD)  
Schutz der Meinungs- und Informationsfreiheit –  
Gegen ein Sonderstrafrecht für politische Eliten und gegen staatliche Kontrolle öffentlicher Debattenräume  
Drs. 19/9858, 19/11559 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Volkmar Halbleib, Holger Griebhammer, Doris Rauscher u.a. SPD  
Kein Steuergeld für Wirtschaftsgipfel am Tegernsee –  
Compliance-Prüfung in Sachen Weimer veröffentlichen!  
Drs. 19/9883, 19/11556 (A)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

13. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib u.a. SPD  
Für eine nachhaltige und sozial gerechte Landespolitik:  
Bayern zum Fairtrade-Bundesland machen  
Drs. 19/9910, 19/11548 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und  
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Dr. Andrea Behr, Alexander Flierl, Petra Högl u.a. CSU,  
Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Einsatz von Klärschlammasche als Düngemittel –  
„End of Waste“-Regelung vorantreiben  
Drs. 19/9977, 19/11540 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Teure fossile Abhängigkeiten beenden –  
Erdölbohrungen in Bayern stoppen  
Drs. 19/9991, 19/11557 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,  
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Unterstützung nachhaltiger Textilkreisläufe – Bewusstseinsbildung zu "Fast Fashion" verstärken  
Drs. 19/9996, 19/11541 (ENTH)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

17. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bürokratieabbau beim Einweg-Kunststoff-Fonds-Gesetz (EWKFondsG) – EU-Richtlinienkonforme und mittelstandsfreundliche Auslegung durch das Umweltbundesamt sicherstellen  
Drs. 19/10003, 19/11542 (G)

**Über den Antrag wird gesondert beraten.**

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Alexander Flierl, Tanja Schorer-Dremel, Volker Bauer u.a. CSU  
Direktvermarkter & Co. entlasten. Herstellerverantwortung für Verpackungen und Abfälle ja – Bürokratie nein!  
Drs. 19/10027, 19/11459 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Felix Locke, Marina Jakob u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Petra Högl, Tanja Schorer-Dremel, Leo Dietz u.a. CSU  
Land für Landwirte – Doppelbesteuerung beim Vorkaufsrecht abschaffen!  
Drs. 19/10054, 19/11547 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Leere Gasspeicher - Versorgungssicherheit in Bayern wiederherstellen  
Drs. 19/10071, 19/11558

Der Antrag wird für erledigt erklärt.